



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

BAföG-Schlamassel beenden: Studierende müssen studieren können!

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts des Scheiterns der angekündigten und im Koalitionsvertrag festgehaltenen Reform des BAföG wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass das BAföG umgehend so reformiert wird, dass es Studierenden einen auskömmlichen Lebensunterhalt ermöglicht – damit Studierende sich, statt sich um die Erfüllung ihrer notwendigen Daseinsbedürfnisse zu sorgen, vorrangig auf ihr Studium konzentrieren können.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, sich per Bundesratsinitiative und auf allen weiteren politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass

- die Höhe des BAföG-Grundbedarfssatzes es Studierenden ermöglicht, auch ohne die finanzielle Unterstützung der Eltern sich ein Studium zu finanzieren. Hierzu ist eine Anhebung des BAföG-Grundbedarfssatzes auf das Niveau des Bürgergeld-Regelsatzes vorzusehen.
- ein Mechanismus eingeführt wird, der dafür sorgt, dass der BAföG-Grundbedarfssatz automatisch an die Inflationsentwicklung angepasst wird.
- Leistungen nach dem BAföG der Höhe von Wohnkosten gerecht werden. Hierzu soll eine Anpassung der Wohnkostenpauschale an das regionale Mietniveau erfolgen, die sich an den Stufen der Wohngeldverordnung orientiert.
- Leistungen nach BAföG stärker unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigt und somit auch Teilzeitstudiengänge oder Studienfachwechsel eine Förderung nicht länger verhindern.
- die Antragsstellung erheblich vereinfacht wird.

Begründung:

Studierende sind unsere Zukunftsträger. Doch zunehmend geraten immer mehr Studierende unter massiven finanziellen Druck: 36 Prozent der Studierenden gelten als akut arbeitsgefährdet. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten immer weiter. In München kostete zum aktuellen Sommersemester ein WG-Zimmer im Schnitt ganze 800 Euro.

Parallel dazu ist die Anzahl derer, die Leistungen nach BAföG erhalten in den letzten Jahren weiter gesunken: nur noch 11,5 Prozent der Studierenden erhalten aktuell BAföG-Leistungen.

Dies riskiert den Studienerfolg eines großen Teils der Studierenden – und sorgt dafür, dass nicht mehr nur Talent darüber entscheidet, wer ein Studium aufnimmt, sondern immer mehr der Geldbeutel der Eltern.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Koalitionsvertrages festgehalten, eine Reform des BAföG rasch anzustreben. Doch nach langem Gezanke zwischen den Ministerien gab Forschungsministerin Dorothee Bär bekannt, dass das Vorhaben eingestampft werde.

Ein Wortbruch für alle jungen Menschen und eine fatale Entscheidung für unsere Zukunft. Wir können es uns nicht leisten, dass Bildung immer stärker von der Herkunft abhängt und Studierende in einem derart großen Umfang neben dem Studium arbeiten müssen.

Daher braucht es jetzt umgehend eine rasche Reform, die dafür sorgt, dass Studierende unkompliziert Unterstützung erhalten, die es ihnen erlaubt, sich auch ausreichend auf ihr Studium zu konzentrieren.

Wir fordern daher die Staatsregierung auf, die nicht zuletzt in Teilen aus der Partei besteht, die im Bund die zuständige Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt Dorothee Bär stellt, auf, umgehend eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des BAföG vorzulegen.